

Soziale Ausgrenzung als allgemeines Lebensrisiko? Befunde zu einer populären Zeitdiagnose

Böhnke, Petra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Böhnke, P. (2006). Soziale Ausgrenzung als allgemeines Lebensrisiko? Befunde zu einer populären Zeitdiagnose. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 4191-4209). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-142235>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soziale Ausgrenzung als allgemeines Lebensrisiko? Befunde zu einer populären Zeitdiagnose

Petra Böhnke

Soziale Ausgrenzung hat sich zum aktuell gültigen und wirkungsmächtigen Deutungsmuster für soziale Ungleichheiten entwickelt: Benachteiligungen werden nicht mehr ausschließlich als Verteilungsprobleme, sondern als Integrationsdefizite verstanden. Damit verbunden ist eine allgemeine Debatte um die »Gefährdung des Sozialen« (Kronauer 2002), die weitreichende Thesen zum sozialstrukturellen Wandel umfasst, unter anderem die, dass sich Ausgrenzungstendenzen von schichtspezifischen Risikofaktoren und Versorgungskategorien lösten, die gesellschaftliche Mitte erfassten und zu einem allgemeinen Lebensrisiko würden.

Dieser populären Zeitdiagnose mangelt es an empirischen Belegen. Erstaunlicherweise ist die Debatte um die Verbreitung von Ausgrenzungs- und Desintegrations-tendenzen weitgehend losgelöst von empirischer Forschung, die über Verteilungsungleichheiten hinausgeht. Trotz der Popularität des Ausgrenzungsgedankens gibt es auf wesentliche Fragen, wie die nach der Definition sozialer Ausgrenzung, nach ihrer Verbreitung und nach Risikogruppen, kaum befriedigende Antworten. Mit diesem Beitrag, dessen Schwerpunkt dezidiert empirisch ist, soll diesem Defizit begegnet werden: Es wird Datenmaterial zusammen getragen, an Hand dessen das Ausmaß sozialer Ausgrenzung in Deutschland ermessend werden soll. Dabei stehen Einschätzungen, Wahrnehmungen und Bewertungen sozialer Teilhabechancen aus der Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt sowie ihr Zusammenspiel mit prekären materiellen Lebenslagen. Ein solches Verständnis sozialer Ausgrenzung beruht auf der Auffassung, dass soziale Ausgrenzung als alltäglich erfahrener Anerkennungsverlust und als wahrgenommene Einschränkung von Teilhabechancen bislang zu wenig Beachtung in wissenschaftlichen Studien oder den auf politischer Ebene mittlerweile etablierten Dokumentationssystemen findet. Eine entsprechende Operationalisierung kann jedoch, so die hier vertretene These, die bisherige Konzentration auf Ressourcenmangel in der Ausgrenzungsdebatte aufbrechen und Integrationsdefizite in den Vordergrund rücken.

Auf der Grundlage repräsentativer Bevölkerungsumfragen (Wohlfahrtssurvey, Eurobarometer) wird gezeigt, wie verbreitet Marginalisierungserfahrungen in Deutschland sind, welche Bevölkerungsgruppen betroffen sind und ob sich so verstandene Teilhabedefizite bis in mittlere Gesellschaftsschichten hinein ausbrei-

ten.¹ Die Ergebnisse können zum einen als Diskussionsbeitrag um das Ausmaß an Ausgrenzungstendenzen in Deutschland verstanden werden und lassen darüber hinaus in sozialstrukturanalytischer Hinsicht die Überprüfung einer wichtigen These zum sozialen Wandel zu: Wird soziale Ausgrenzung zu einem allgemeinen Lebensrisiko?² Abschließend wird eine Positionierung in der Kontroverse um den Exklusionsbegriff vorgenommen. Die Ergebnisse legen nahe, die öffentliche Debatte um neue soziale Ungleichheiten begrifflich zu schärfen und zwischen Ausgrenzung und Destabilisierung zu trennen: Zwischen der Abkopplung bestimmter Bevölkerungsgruppen vom allgemeinen Wohlstandsniveau einerseits und verunsicherten Mittelschichten in prekärem Wohlstand andererseits muss explizit unterschieden werden.

Merkmale und Defizite der Ausgrenzungsdebatte

In Anlehnung an die sozialpolitische Debatte der EU wird soziale Ausgrenzung als Benachteiligung in zentralen Lebensbereichen begriffen, die Teilhabechancen und soziale Integration maßgeblich einschränken. Zentrale Merkmale sind Kumulation, Interdependenz, Dynamik und Relationalität. Als Maßstab für gelungene Integration gelten die Verwirklichung sozialer Rechte und Menschenrechte sowie die Sicherstellung einer angemessenen Partizipation am gesellschaftlichen Wohlstand, die den jeweiligen Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit genügt. Vor allem ein Mindestniveau an Lebensstandard und ein Arbeitsplatz gehören zu den etablierten Normvorstellungen, die EU-weit anerkannt sind. Der Begriff der Teilhabe betont verstärkt die Perspektive der Individuen sowie deren Ansprüche auf Zugangsvoraussetzungen und Chancengleichheit sowohl materiell als auch in politischer, kultureller und sozialer Hinsicht. Er ist unlängst zu einem politischen Schlüsselbegriff geworden, dem sich insbesondere die Sozialdemokratie als grundlegendem Prinzip ihrer Politik verschrieben hat.

Ausgrenzung ist mehr als ein Synonym für Armut oder multiple Deprivation. Das Konzept geht über die Frage nach der Verteilung von Ressourcen hinaus und betont Zugehörigkeitsaspekte. Thematisiert werden allgemein die Möglichkeiten der

1 In diesem Beitrag werden aus Platzgründen nicht alle der im Vortrag gezeigten empirischen Ergebnisse graphisch dargestellt oder besprochen. Für mehr Informationen: boehnke@wz-berlin.de.

2 Bekanntermaßen sind Bevölkerungsumfragen Mittelschicht-konzentriert und die gesellschaftlichen Ränder werden mit einem solchen Umfrageinstrument nicht ausreichend erfasst. Folglich kann es sich bei der Abschätzung des Ausmaßes von Ausgrenzungstendenzen in der Gesamtbevölkerung nur um eine, wenn auch alternativlose, Annäherung handeln – ein Grundproblem der empirischen Sozialforschung. Die Datensätze sind jedoch gut geeignet, um zwischen der Verbreitung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu unterscheiden sowie die Betroffenheit der Mittelschicht zu analysieren.

Menschen, in das gesellschaftliche Leben integriert zu sein, und das umfasst die Gewährleistung eines allgemein akzeptierten Lebensstandards genauso wie die Einbindung in soziale Netzwerke oder politische Partizipation. Als größtes Risiko für sozialen Zusammenhalt und Integration gelten europaweit die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie mehrfache Benachteiligungen, zu denen auch die fehlende Einbettung in soziale Netzwerke gehört.

Mit der Thematisierung von Ausgrenzungsgefahren geht immer auch eine Krisendiagnose des Sozialstaats einher: Massenarbeitslosigkeit und der Verlust sozialstaatlicher Unterstützung, steigende Armut sowie ein grundlegender Wandel der Sozialstaatlichkeit durch die Abkehr vom Prinzip der Statussicherung haben Degradierungs- und Abstiegsängste zur Folge. Integration wird folglich in erster Linie über einen Arbeitsplatz und über den Erhalt gewohnter sozialstaatlicher Sicherheiten definiert. Zwei Grundthesen zum sozialstrukturellen Wandel werden in diesem Zusammenhang diskutiert: Zum einen befürchtet man die Abkopplung von Randlagen, die eine deutliche Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft mit sich bringe: Zugehörigkeit wird in der Hauptsache von einem Arbeitsplatz und marktgängigen Qualifikationen abhängig gemacht (Heitmeyer 1997; Kronauer/Vogel 1998; Herkommer 1999; Castel 2000). Zum anderen werden kollektive Abstiegsängste thematisiert. Vor allem die immer sicher geglaubten Mittelschichten gelten als gefährdet, müssten um ihren Arbeitsplatz, ihre Sicherheiten und ihr Lebensstandardniveau fürchten und würden zunehmend Desintegrationstendenzen ausgesetzt (Barlösius 1998; Bude 1998; Kreft 2000; Newman 2000; Oswald 2000).

Ist man an einer empirischen Fundierung der Debatte interessiert, so fallen gravierende Defizite ins Auge. In Deutschland wird eine sozialstrukturanalytische empirische Auseinandersetzung um den Ausgrenzungsbegriff nur verhalten geführt. Die Debatte um Begrifflichkeiten, Thesen und Definitionen ist überwiegend losgelöst von empirischer Forschung. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass soziale Ausgrenzung mehrdimensional zu verstehen ist, dass einzelne Benachteiligungen kumulieren und nicht nur auf monetäre Aspekte beschränkt bleiben. Dennoch wird soziale Ausgrenzung nach wie vor häufig lediglich als Synonym für Armut oder Arbeitslosigkeit gebraucht. Operationalisierungen konzentrieren sich vorwiegend auf monetäre Indikatoren und eine überzeugende Verbindung von Ungleichheits- und Integrationsaspekten steht noch aus. Auf Integrationsaspekte wird jeweils nur implizit geschlossen, weil Armut selbstverständlich Teilhabemöglichkeiten vielerlei Art beschneidet und Integration behindert. Sozialberichterstattungssysteme haben die Ausgrenzungsterminologie übernommen, verbleiben aber bei ihren Standardindikatoren und konzentrieren sich auf die Abbildung monetärer Ressourcen. Zwar sind mittlerweile Indikatoren zur Messung von Ausgrenzungstendenzen von der EU-Kommission und Eurostat etabliert worden, die die europaweite Sicht auf Ausgrenzungsprozesse prägen. Das Dokumentationssystem besteht jedoch in der

Hauptsache aus diversen monetären Indikatoren, die verhalten um allgemeine Informationen zu Bildung, Gesundheit und Beschäftigung in den einzelnen Ländern ergänzt werden (Ausschuss für Sozialschutz 2001, Atkinson u.a. 2002).

Entgegen der offiziellen Berichterstattung über soziale Ausgrenzung stehen Marginalisierungserfahrungen und Anerkennungsverluste aus der Perspektive der Befragten im Mittelpunkt der folgenden empirischen Dokumentation. Informationen darüber, wie Menschen ihre persönlichen Teilhabechancen einschätzen, lassen Rückschlüsse darauf zu, unter welchen Umständen Integration gefährdet ist und mit welcher Art von objektiver Benachteiligung Marginalisierungserfahrungen im Zusammenhang stehen. Die subjektive Einschätzung der Befragten, ob sie sich zugehörig fühlen oder nicht, misst Integrationsdefizite direkt und ermöglicht eine Überprüfung gängiger Annahmen zu sozialer Ausgrenzung, zum Beispiel, ob Armut zu sozialer Ausgrenzung führt und unter welchen Umständen, welche weiteren Benachteiligungen damit in Verbindung stehen und ob andere Faktoren, beispielsweise die Abfederung durch soziale Netzwerke, das Umschlagen von sozialer Benachteiligung in Marginalisierungserfahrungen verhindern können. Als zentrales Merkmal sozialer Ausgrenzung sollen hier folglich die in der Wahrnehmung der Individuen als eingeschränkt empfundenen Teilhabechancen begriffen werden. Damit können den ressourcenbezogenen Verteilungsungleichheiten Integrationsaspekte an die Seite gestellt und auf diese Weise einem Kernelement sozialer Ausgrenzung Rechnung getragen werden.

Soziale Ausgrenzung empirisch: Verbreitung, Risikogruppen, Gründe

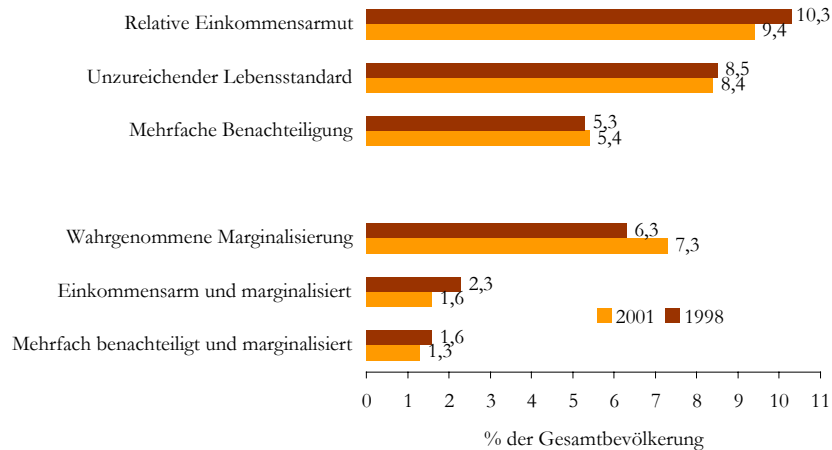
Drei Fragen sollen mit den im Folgenden präsentierten Ergebnissen beantwortet werden: Wie weit verbreitet sind soziale Benachteiligungen von Armut bis zu sozialer Ausgrenzung in Deutschland, wie stellen sich diese Ergebnisse im europäischen Vergleich dar, und schließlich, welche Bevölkerungsgruppen beklagen eingeschränkte Teilhabechancen bzw. was sind die Gründe für Marginalisierungserfahrungen. Abbildung 1 zeigt zunächst das Ausmaß sozialer Benachteiligungen: Um Versorgungsdefizite abbilden zu können, werden das bevölkerungsweite Ausmaß von Einkommensarmut und multipler Deprivation ausgewiesen. Integrationsdefizite werden mit der Selbsteinschätzung der persönlichen Teilhabechancen ergänzt. Um soziale Ausgrenzung annähernd abbilden zu können, wird als Definitionskriterium die Überschneidung von mehrfacher materieller Benachteiligung mit wahrgenommener Marginalisierung gewählt.

Etwa ein Zehntel der deutschen Bevölkerung ist einkommensarm, 2001 etwas weniger als 1998. Diese mit Hilfe des Wohlfahrtssurveys gewonnenen Ergebnisse stimmen mit Studien, die auf anderen Datenquellen beruhen, in etwa überein (BMA 2001a, b). Einen ungenügenden Lebensstandard mit Verzicht auf wesentliche Basis Konsumgüter wie etwa ein Telefon, eine Waschmaschine, Fernseher, Geschirrspüler, eine Woche Urlaub im Jahr etc., beklagen etwas weniger Menschen, knapp neun Prozent zu beiden Erhebungszeitpunkten. Mehrfache Benachteiligung, das heißt in diesem Fall, sowohl beim Einkommen als auch beim Lebensstandard und der Wohnungsausstattung deutlich benachteiligt zu sein, trifft auf fünf Prozent der deutschen Bevölkerung zu, auch dieser Wert ist 1998 und 2001 nahezu gleich.

Neben diesen materiellen Defiziten sind mit Hilfe subjektiver Indikatoren im Wohlfahrtssurvey auch Marginalisierungserfahrungen erhoben worden. Die entsprechende Frage lautete: »Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihren persönlichen Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen?« Die Befragten antworteten mit Hilfe einer Zufriedenheitsskala, die von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reicht. Die Mittelwerte für die beiden hier ausgewiesenen Erhebungszeitpunkte unterscheiden sich nicht und liegen bei 7,4 sowohl 1998 als auch 2001. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist zu beiden Zeitpunkten mit ihren Teilhabechancen zufrieden. Was in Abbildung 1 als Marginalisierungserfahrungen ausgewiesen ist, geht zurück auf sehr niedrige Zufriedenheitseinschätzungen (Skalenpunkte 0 bis 4). 1998 äußern sich sechs Prozent, 2001 sieben Prozent der Deutschen sehr unzufrieden in dieser Hinsicht, was auf schwerwiegende Integrationsdefizite verweist und der einzige hier ausgewiesene Wert ist, der im Zeitverlauf ansteigt. Als Charakteristikum sozialer Ausgrenzung ist die Überschneidung materieller Defizite mit Marginalisierungserfahrungen hervorgehoben. Eine kleine Minderheit der Deutschen ist von derart stark eingeschränkten Lebensverhältnissen betroffen: Um die zwei Prozent der Bevölkerung sind einkommensarm und fühlen sich nicht mehr voll und ganz der Gesellschaft zugehörig, unwesentlich weniger sind mehrfach materiell benachteiligt und zugleich in der eigenen Wahrnehmung marginalisiert.

Diese Ergebnisse lassen mehrere wichtige Schlüsse zu. Zunächst lässt sich feststellen, dass Ausgrenzungstendenzen, nimmt man die Überschneidung objektiver materieller Benachteiligung und subjektiv erfahrener Marginalisierung als Kriterium, nicht stark verbreitet sind. Dies kann jedoch nicht als Entwarnung verstanden werden, im Gegenteil, die Stabilität des Ausmaßes zu beiden Erhebungszeitpunkten weist auf eine konstant vorhandene Bevölkerungsgruppe hin, die starken Ausgrenzungstendenzen ausgesetzt ist. Bedenkt man darüber hinaus die Defizite der Umfrageforschung, so ist es ein durchaus ernst zu nehmendes Zeichen, dass selbst in Mittelschicht-konzentrierten Bevölkerungsumfragen eine stabile Minderheit ausgewiesen werden kann, die so rigiden Lebensumständen unterworfen ist. Weiterhin

lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass materielle Benachteiligung nicht unter allen Umständen in Marginalisierungserfahrungen mündet. Es müssen also Schutzmechanismen wirksam sein, die in prekären Lebenslagen unterstützend und stabilisierend wirken. Umgekehrt werden Teilhabechancen auch als eingeschränkt empfunden, wenn Lebensumstände nicht von materieller Not gekennzeichnet sind.



Anmerkungen: Relative Einkommensarmut: <50 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens; unzureichender Lebensstandard: von 16 Basisgütern (Telefon, Waschmaschine, Auto, Fernseher, Geschirrspüler, sparen können etc.) können sich die Befragten mehr als sechs aus finanziellen Gründen nicht leisten; mehrfache Benachteiligung: benachteiligt in wenigstens zwei von drei Lebensbereichen (Einkommen, Lebensstandard, Wohnen); wahrgenommene Marginalisierung: niedrige Zufriedenheit mit den persönlichen Teilhabechancen (Skalenspunkte 0-4 zusammengefasst von einer Zufriedenheitsskala, die von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reicht).

Abbildung 1: Verbreitung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland

(Quelle: Wohlfahrtsurvey 1998, 2001)

Ergänzend gibt Abbildung 2 Aufschluss über die Verbreitung weiterer Marginalisierungserfahrungen und Anerkennungsdefizite in Deutschland, dieses Mal getrennt ausgewiesen für neue und alte Bundesländer. Sechs Prozent der Westdeutschen und in den neuen Bundesländern jeder Zehnte können im Jahr 2001 der Aussage sehr zustimmen, dass sie sich aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen. Auch die anderen den Befragten vorgelegten Aussagen finden ein hohes Maß an Akzeptanz, im Osten jeweils stärker als im Westen. Etwa ein Sechstel der Bevölkerung beklagt eine mangelnde Anerkennung ihrer derzeitigen Tätigkeit. Ebenso viele, in den neuen Län-

dern sogar mehr als ein Fünftel der Bevölkerung, hat das Gefühl, keine nützliche Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Jeweils zwölf Prozent in Ost und West fühlen sich aufgrund ihres Jobs oder ihrer Einkommenssituation herablassend behandelt. Fasst man die Antwortkategorien »stimme sehr zu« und »stimme zu« zusammen, sind die Ergebnisse noch deutlicher: Ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung gibt fehlende Anerkennung und Wertschätzung sowie das Gefühl der Nutzlosigkeit und Ausgeschlossenheit als Alltagserfahrung an.

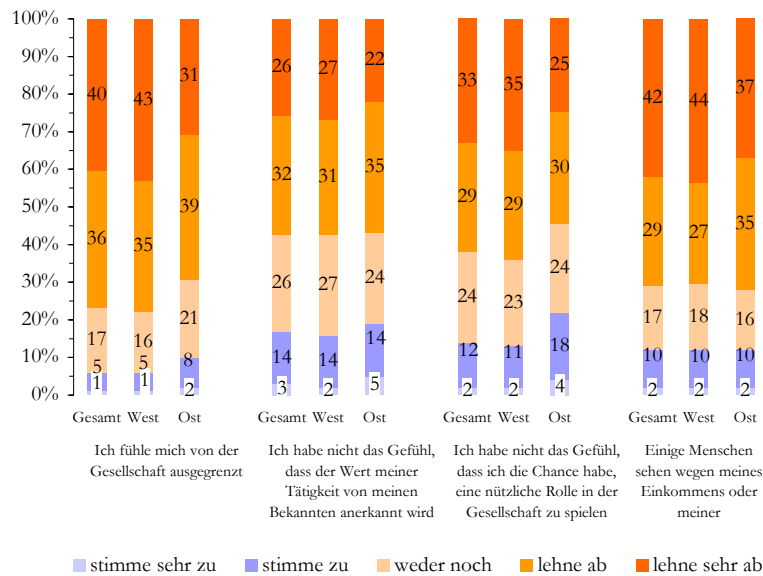
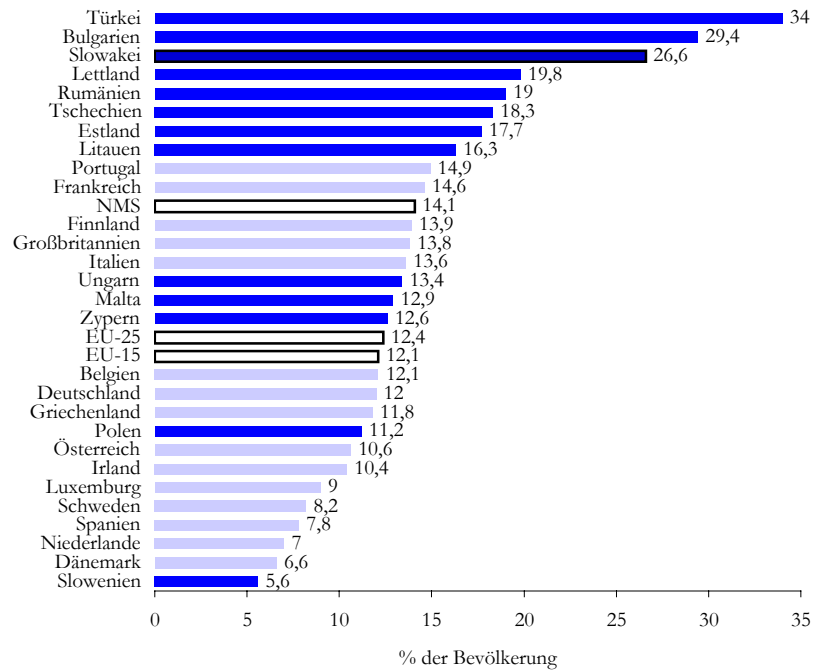


Abbildung 2: Marginalisierungserfahrungen in Ost- und Westdeutschland

(Quelle: Eurobarometer 56.1, 2001)

Für eine vereinfachende Darstellung sind diejenigen, die zwei und mehr dieser vier Aussagen zustimmen können, zusammengefasst: Diese Operationalisierung zugrunde gelegt, können im Jahr 2001 zwölf Prozent der deutschen Bevölkerung als marginalisiert in der Selbstwahrnehmung gelten. Abbildung 3 setzt dieses Ergebnis in Relation zur Verbreitung von Marginalisierungserfahrungen in anderen europäischen Ländern.



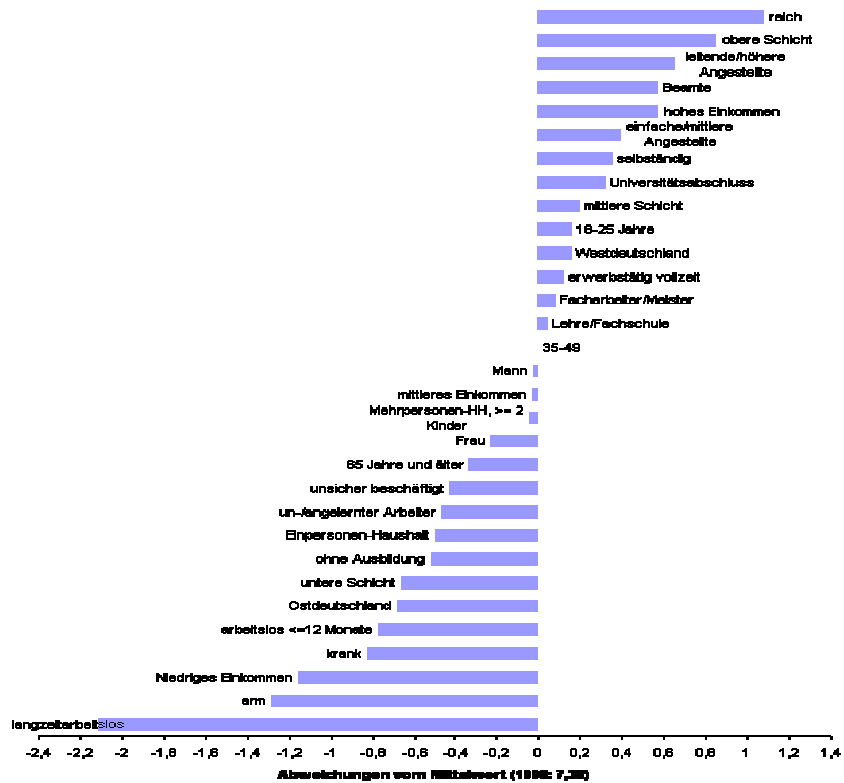
Anmerkungen: NMS: Neue Mitgliedsstaaten, EU-15: alte Mitgliedsstaaten, EU-25: erweiterte EU, die Ergebnisse sind nach Bevölkerungsgröße gewichtet.

Abbildung 3: Marginalisierungserfahrungen in Europa

(Quelle: Eurobarometer 56.1, 2001, CC Eurobarometer 2002.)

Mit der Verbreitung von Marginalisierungserfahrungen liegt Deutschland europaweit im Durchschnitt. Es sind insbesondere die skandinavischen Länder, aber auch bspw. Spanien, Luxemburg, Irland und Österreich, deren Bevölkerung weniger Integrationsdefizite benennt. In Slowenien sind es lediglich sechs Prozent der Bevölkerung, die sich als marginalisiert wahrnehmen – europaweit das geringste Ausmaß. Unter den EU-15-Staaten sind derartige Anerkennungsdefizite vor allem in Portugal und Frankreich relativ weit verbreitet und betreffen etwa 15 Prozent der jeweiligen Bevölkerung. Trotz einiger Überlappungen zeichnet sich eine klare Trennung zwischen den EU-15-Staaten einerseits und den neuen EU-Mitgliedsländern sowie den Kandidatenländern Bulgarien, Rumänien und Türkei andererseits ab: Wo

das Pro-Kopf-Einkommen niedrig und das Lebensstandardniveau generell schlechter ist, sind Marginalisierungserfahrungen weiter verbreitet. Am stärksten ist die Bevölkerung in der Türkei und in Bulgarien betroffen. Dort berichtet nahezu ein Drittel der Bevölkerung von fehlender Anerkennung, Ausgrenzung und einem Gefühl der Wertlosigkeit (Böhnke 2004a).



Anmerkungen: Die Zufriedenheit mit den persönlichen Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wurde mit Hilfe einer Zufriedenheitsskala gemessen, die von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichte.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit Teilhabechancen nach Bevölkerungsgruppen

(Quelle: Wohlfahrtssurvey 1998)

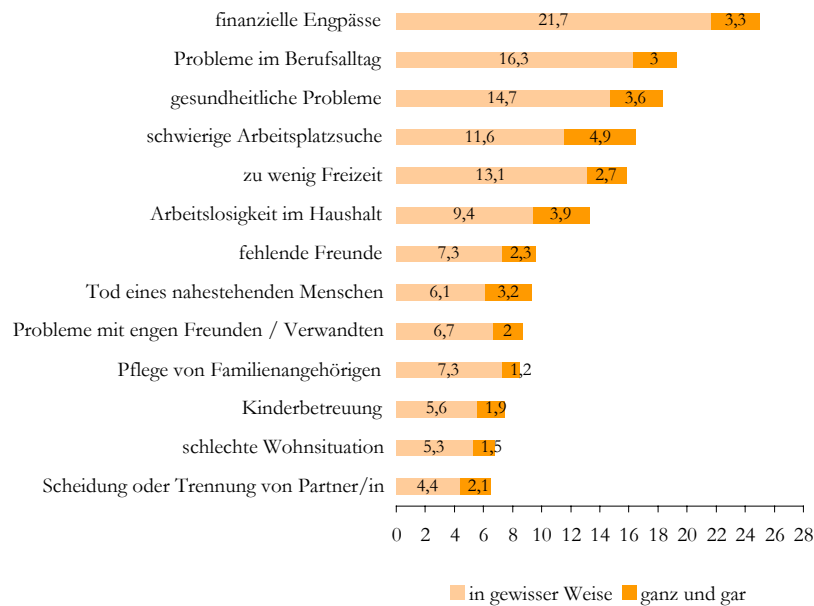
Welche Lebensumstände führen dazu, dass Integrationsdefizite wahrgenommen werden? Wer ist in Deutschland überdurchschnittlich zufrieden mit seinen Teilhabechancen? In Abbildung 4 wird der Bevölkerungsdurchschnitt der Zufriedenheit mit den Teilhabechancen zugrunde gelegt und Abweichungen davon für diverse Bevölkerungsgruppen ausgewiesen. Es ergibt sich ein unmissverständliches Bild: Langzeitarbeitslosigkeit und Armut bringen eine deutliche Verschlechterung von Teilhabemöglichkeiten mit sich, wohingegen Reichtum und Wohlstand ebenso wie eine sichere und gehobene berufliche Stellung zu einer überdurchschnittlichen Zufriedenheit führen. Anhand dieser einfachen deskriptiven Darstellung lässt sich darüber hinaus ablesen, dass auch niedriges Einkommen, Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit, die weniger als zwölf Monate anhält, das Gefühl verstärken, nicht mehr vollständig dazuzugehören. Marginalisierungserfahrungen erschöpfen sich darin jedoch nicht: Ebenso gehören Krankheit, Alter und unsichere Beschäftigung zu den Risikofaktoren.

Multivariate Analyseverfahren, die hier nicht ausgewiesen sind, bestätigen diese Tendenzen. Die Arbeitsmarktanbindung und der Erwerbsstatus stehen maßgeblich mit Armut im Zusammenhang: Vollzeitbeschäftigung bewahrt vor einer prekären Versorgungssituation, Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, birgt ein hohes Risiko eines ungenügenden Lebensstandards. Darüber hinaus lässt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Determinanten materieller und in diesem Sinne objektiver Versorgungslücken einerseits und subjektivem Marginalisierungsempfinden andererseits feststellen. Die subjektive Einschätzung, nicht mehr voll und ganz der Gesellschaft zugehörig zu sein, ist auf Lebenssituationen konzentriert, die neben extremer materieller Benachteiligung auch Identitätsverlust und Abkopplung von einem als durchschnittlich akzeptierten Lebensstandard bedeuten. Teilhabechancen werden insbesondere bei Langzeitarbeitslosigkeit, bei der Dauerhaftigkeit prekärer Lebensbedingungen und bei Krankheit als massiv eingeschränkt wahrgenommen. Es ist nicht nur materielle Unterversorgung, die zu Marginalisierungserfahrungen führt, sondern es sind Lebenssituationen, die mangelnde Wertschätzung als respektiertes Gesellschaftsmitglied mit sich bringen. Die Einbindung in soziale Netzwerke, seien es Familie, Freunde oder zivilgesellschaftliche Rahmenbedingungen, kann diese Ausgrenzungsfahr abschwächen. Zusätzlich ist es durchaus ein Ausgrenzungsrisiko, nicht auf soziale Unterstützung zurückgreifen zu können, auch wenn die materielle Lebenssituation nicht prekär ist: Sozialen Beziehungen kommt eine wichtige eigenständige Rolle bei der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Integration zu. Am stärksten marginalisiert sehen sich Befragte, wenn prekäre Versorgungslagen wie Armut, multiple Deprivation oder Arbeitslosigkeit mit dem Verlust sozialer Beziehungen in und außerhalb von Familien einhergehen. Das Zusammentreffen von materiellen Engpässen mit dem Verlust sozialen Rückhalts führt am wahr-

scheinlichsten zu der Selbsteinschätzung, sozial ausgegrenzt zu sein (Böhnke 2004b: 148ff.).

Welche Gründe geben die Betroffenen selber an, um das Gefühl der eingeschränkten Teilhabechancen zu erklären? Im Wohlfahrtssurvey 2001 wurden die Befragten gebeten, Gründe zu benennen, die dazu geführt haben, dass sie im Laufe des letzten Jahres nicht mehr vollständig integriert waren. Abbildung 5 bestätigt, dass Marginalisierungserfahrungen in erster Linie mit finanziellen Engpässen und einer schwierigen Arbeitsmarktanbindung in Verbindung stehen. Gesundheitliche Probleme schränken ebenfalls für etwa ein Fünftel der Bevölkerung Teilhabemöglichkeiten ein. Dies betrifft vor allem ältere Menschen und ist an ein niedriges Einkommensniveau gekoppelt. Weniger ausschlaggebend, aber dennoch für etwa ein Zehntel der Bevölkerung bedeutsam, sind Ereignisse im privaten Bereich wie Scheidung, Probleme im Freundeskreis oder in der Verwandtschaft. Ausweglosigkeit und Teufelskreise entstehen gerade dann, wenn derartige kritische Lebenssituationen mit anderen Problemlagen wie finanzieller Not oder Krankheit zusammenreffen. Etwas anders gelagert ist der Freizeitmangel als Grund für Marginalisierung. Betroffen sind hier im Vergleich zu den anderen Ausgrenzungsrisiken nur wenig Niedrigeinkommensbezieher. Diese Gruppe setzt sich sehr heterogen zusammen: Selbständige sind überproportional häufig vertreten ebenso wie Alleinerziehende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Weitere Auswertungen haben einen klaren Zusammenhang zwischen wahrgenommener Marginalisierung und sozialem Status ergeben, der jedoch nur in abgeschwächter Form gilt, wenn Marginalisierungserfahrungen auf persönliche Schicksalsschläge und schwierige soziale Beziehungen zurückgehen. Fehlende Freunde und gesundheitliche Probleme werden zwar auch von Armen und Langzeitarbeitslosen signifikant häufiger als Ausgrenzungsgründe benannt. Dennoch sind auch höhere soziale Lagen durch Probleme im Verwandtschaft- und Freundeskreis, von Scheidung und Todesfällen belastet, so dass das Gefühl entsteht, nicht mehr voll und ganz dazuzugehören. Verfestigte prekäre Lebenslagen finden sich hier jedoch nicht: Es sind vor allem Angehörige der unteren Schicht und Arme, die ihre subjektiven Teilhabedefizite auf Benachteiligungen in mehreren Lebensbereichen gleichzeitig zurückführen.



Anmerkungen: Ausgewiesen sind % der Bevölkerung, die sich aus den genannten Gründen in gewisser Weise bzw. ganz und gar im Laufe des letzten Jahres ausgeschlossen gefühlt haben. Lesebeispiel: 21,7 Prozent der Bevölkerung hat sich im Laufe des letzten Jahres wegen finanzieller Probleme in gewisser Weise ausgeschlossen gefühlt, 3,3 Prozent der Bevölkerung sogar ganz und gar.

Abbildung 5: Gründe für soziale Ausgrenzung aus Sicht der Befragten

(Quelle: Wohlfahrtsurvey 2001)

Was bedeuten diese Ergebnisse im Hinblick auf die übergreifende Fragestellung, ob soziale Ausgrenzung zu einem allgemeinen Lebensrisiko geworden sei? Zwar äußert sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung positiv zu ihren individuellen Teilhabemöglichkeiten. Legt man verschiedene subjektive Indikatoren zugrunde, die Anerkennungsdefizite messen, so nehmen sich allerdings zwischen sechs bis zwölf Prozent der Bevölkerung als marginalisiert wahr und machen in ihrem Alltag entsprechende Erfahrungen, die an schwerwiegende Benachteiligungen geknüpft und schichtspezifisch verteilt sind. Die gesellschaftliche Mitte, zum Beispiel Angestellte, Beamte oder insgesamt Personen, die sich selber als der Mittelschicht zugehörig definieren, sind von Marginalisierungserfahrungen weitgehend verschont. Die subjektive Einschätzung, am Rande der Gesellschaft zu stehen, ist an Formen von Benachteiligung gebunden, die über zeitweilige und leichter über-

windbare Versorgungslücken hinausgehen. Insbesondere die Dauerhaftigkeit prekärer Lebensbedingungen in Form von Langzeitarbeitslosigkeit, lang anhaltender Armut und Krankheit schränken Teilhabechancen maßgeblich ein, Lebenssituationen also, die Anerkennungs- und Identitätsverluste, mangelnde Wertschätzung und Resignation mit sich bringen und überproportional stark bei Personen ohne Ausbildung und Angehörigen der unteren Schicht vertreten sind. Fehlen zusätzlich soziale Netzwerke, ist die Ausgrenzungsfahr am größten. Soziale Kontakte, Partizipation in Vereinen und Organisationen sowie familiärer Rückhalt stabilisieren Zugehörigkeit und können materielle Benachteiligungen in ihren Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden abfedern.

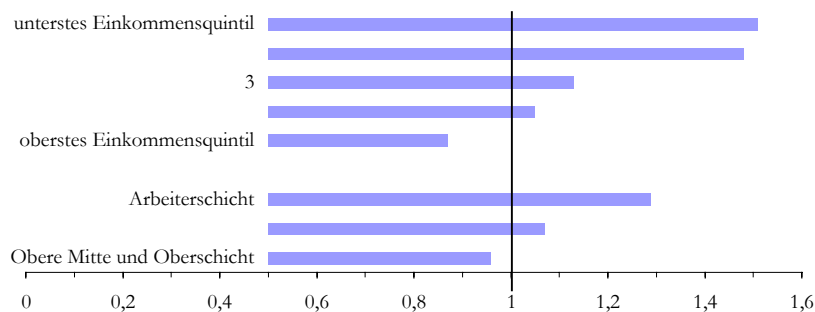
Verunsicherung der Mittelschicht?

Fragen wir nicht nach Ausgrenzungstendenzen, sondern allgemeiner nach Verunsicherungen als Anzeichen von Desintegration, sieht das Bild etwas anders aus. Anhand der Wahrnehmung von Konflikten zwischen sozialen Gruppen oder daran, wie verbreitet Angst vor Arbeitslosigkeit ist und ob eine allgemeine Orientierungslosigkeit im Laufe des letzten Jahrzehnts in Deutschland zugenommen hat, lassen sich Verunsicherungstendenzen aufzeigen. Obwohl diese Indikatoren für sich genommen keine Desintegration messen, weisen sie doch auf ein Potential hin, das bisher gekannte Stabilitäten möglicherweise ins Wanken bringt und individuelle Lebensplanungen beeinträchtigen kann.

Der Anteil der Befragten, der starke Konflikte zwischen Arm und Reich oder zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen feststellt, hat im letzten Jahrzehnt zugenommen. Im Jahr 2001 sehen nahezu zwei Drittel der Bevölkerung starke oder sehr starke Spannungen zwischen Arm und Reich, mehr als die Hälfte schätzen das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen als konfliktträchtig ein. Diese für die Gesamtbevölkerung zu verzeichnende Konfliktwahrnehmung verteilt sich unterschiedlich auf gesellschaftliche Teilgruppen: Am stärksten nehmen Arbeitslose, Niedrigeinkommensbezieher, Niedrigqualifizierte und Personen, die sich der Arbeiterschicht zuordnen, Konflikte wahr. Je höher das Einkommen und die Bildung und je sicherer die Arbeitsmarktintegration, desto schwächer werden Konflikte eingeschätzt (Böhnke 2004b: 106).

Um Aussagen über eventuelle Polarisierungstendenzen oder eine zunehmende Verunsicherung der Mittelschichten machen zu können, weisen die beiden nachfolgenden Abbildungen die Zu- oder Abnahme der Konfliktwahrnehmung zwischen zwei Zeitpunkten für verschiedene Bevölkerungsgruppen aus. Ein Zuwachs an Konfliktwahrnehmung kann als wachsende Verunsicherung und Indikator für

Desintegrationstendenzen interpretiert werden. Abbildungen 6 und 7 zeigen, dass nicht alle gesellschaftlichen Teilgruppen die Einschätzung eines gewachsenen Konfliktpotentials teilen. Im Zeitraum 1993 bis 2001 sind es die Niedrigeinkommensbezieher, die verstärkt Konflikte zwischen Arm und Reich wahrnehmen. Für die höchste Einkommensklasse haben sich die Konflikte hingegen abgeschwächt. Eine Unterscheidung nach subjektiver SchichtEinstufung ergibt, dass es nicht vorrangig die Mittelschicht, sondern die Arbeiterschicht ist, die wachsende Spannungen zwischen Arm und Reich sieht.

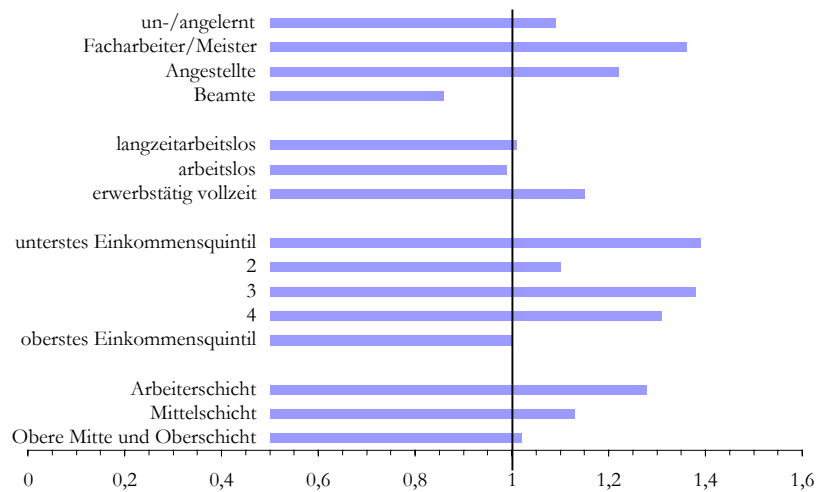


Anmerkungen: Abgebildet sind konfliktwahrnehmende Bevölkerungsanteile aus dem Jahr 1993 im Verhältnis zu 2001. Skalenwerte unter 1 bedeuten, dass die Konfliktwahrnehmung von 1993 zu 2001 abgenommen hat, Skalenwerte über 1 zeigen eine Zunahme an. Die Linie bei 1 symbolisiert gleich gebliebene Prozentzahlen in beiden Jahren.

Abbildung 6: Konfliktwahrnehmung zwischen Arm und Reich, 2001 im Verhältnis zu 1993

(Quelle: Wohlfahrtssurvey 1993, 2001.)

Wachsende Spannungen zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen nehmen im Jahr 2001 Erwerbstätige, Facharbeiter und Angestellte sowie neben der niedrigen auch die mittleren Einkommensgruppen wahr. Hier mag sich zunehmende Verunsicherung und Angst vor Statusverlust niederschlagen, möglicherweise auch die Erwartung einer ungenügenden Absicherung im Falle bevorstehender längerer Arbeitslosigkeit. Arbeitslose und insbesondere Langzeitarbeitslose sehen schon 1998 ein hohes Konfliktpotenzial. Bezieher höherer Einkommen nehmen 2001 weniger Spannungen wahr als noch 1998. Abermals lassen sich die beschriebenen Veränderungen nicht eindeutig der gesellschaftlichen Mitte zuordnen. Wachsende Spannungen zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen werden zwar auch dort verstärkt wahrgenommen, konzentrieren sich jedoch deutlicher am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie.

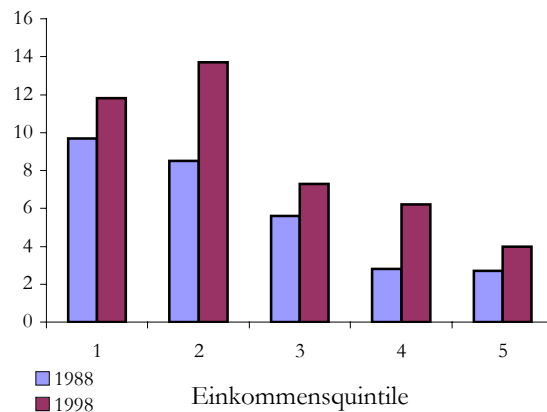


Anmerkungen: Skalenwerte unter 1 bedeuten, dass die Konfliktwahrnehmung von 1998 zu 2001 abgenommen hat, Skalenwerte über 1 zeigen eine Zunahme an, die Linie bei 1 symbolisiert gleich gebliebene Prozentzahlen in beiden Jahren.

Abbildung 7: Konfliktwahrnehmung zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, 2001 im Verhältnis zu 1998

(Quelle: Wohlfahrtsurvey 1998, 2001)

Einschätzungen zur Arbeitsmarktanbindung sind ein weiterer Indikator für Desintegrationstendenzen. Abbildungen 8 und 9 zeigen das Ausmaß der Angst vor Arbeitslosigkeit und von allgemeiner Orientierungslosigkeit nach Einkommensquintilen, die Wohlstandslagen im sozialstrukturellen gesellschaftlichen Gefüge repräsentieren. Je niedriger der am Einkommen gemessene soziale Status, desto stärker ist die Betroffenheit durch Verunsicherung und prekäre Lebenslagen. 1988 hat etwa jeder zehnte Erwerbstätige im niedrigsten Einkommensquintil Angst vor Arbeitslosigkeit. Derartige Befürchtungen äußern jedoch nur drei Prozent der Erwerbstätigen in höheren Einkommenspositionen. Trotz einiger Veränderungen hat dieser Trend auch zehn Jahre später grundsätzlich Bestand. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist in allen Statuslagen gewachsen. Es sind hier insbesondere die mittleren und höheren Einkommensgruppen, die die entsprechende Situation skeptischer beurteilen und sich zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen (Abbildung 8).



Anmerkungen: Einkommensquintile (1 = niedrig, 5 = hoch) sind nach Haushaltsgröße gewichtet; Angst vor Arbeitslosigkeit: Selbstauskunft der erwerbstätigen Befragten.

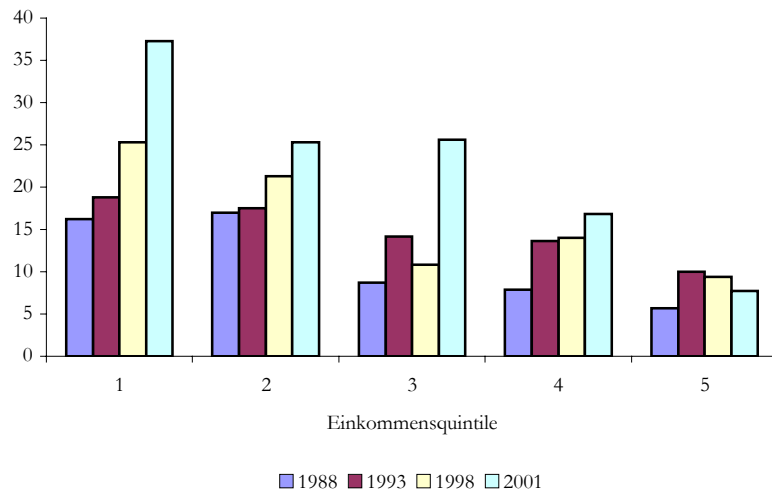
Abbildung 8: Angst vor Arbeitslosigkeit, westdeutsche Bevölkerung

(Quelle: Wohlfahrtssurvey 1988, 1998)

Als Indikator für eine generelle Orientierungslosigkeit und Verunsicherung kann die Zustimmung zu der Aussage gelten, dass das Leben kompliziert geworden sei und man sich kaum noch zu Recht finde (Abbildung 9). Die Zeitreihe für Westdeutschland zeigt eine deutliche Zunahme von Orientierungslosigkeit im Laufe der 1990er-Jahre, die sich vor allem in der schwächsten Einkommensgruppe konzentriert. In den höheren Einkommenspositionen fällt die Zunahme derartiger Einschätzungen hingegen moderat aus. Im obersten Einkommensquintil zeigt sich sogar eine geringfügige Abnahme solcher Symptome. Im Jahr 2001 äußern sich insbesondere niedrige und mittlere Wohlstandslagen zunehmend besorgt.

Es gibt demnach Hinweise, die die These von zunehmend verunsicherten Mittelschichten in Bezug auf ihre persönliche soziale Lage bestätigen können. Die Besonderheit ist, dass nicht die Verteilung prekärer Lebenslagen im objektiven Sinne diese These untermauert – Dauerarbeitslosigkeit und Armut sind nach wie vor in der Hauptsache in den unteren gesellschaftlichen Statuspositionen konzentriert. Es sind die subjektiven Bewertungen der Lebensumstände, anhand derer der Trend der verunsicherten Mittelschichten ablesbar ist. Nach wie vor sind Verunsicherungen zwar am stärksten bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. De-

ren Zunahme im Laufe der letzten Jahre zeigt sich hingegen am deutlichsten bei den Mittelschichten. Destabilisierungstendenzen, so das Fazit, haben die gesellschaftliche Mitte erreicht.



Anmerkungen: Einkommensquintile sind nach Haushaltsgröße gewichtet; Orientierungslosigkeit: Zustimmung der Befragten zu der Aussage, dass das Leben zu kompliziert geworden sei, dass man sich fast nicht mehr zu Recht fände.

Abbildung 9: Orientierungslosigkeit, westdeutsche Bevölkerung

(Quelle: Wohlfahrtsurvey 1988 (West), 1990 (Ost), 1993, 1998, 2001)

Diskussion

In diesem Beitrag standen Marginalisierungserfahrungen und Anerkennungsdefizite als Schlüsseldimensionen für soziale Ausgrenzung im Mittelpunkt. Deren Verbreitung betrifft sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Staaten klar identifizierbare Risikogruppen: Langzeitarbeitslose und Personen, die sich dauerhaft in einer prekären Versorgungslage befinden. Nach wie vor stehen diese Ausgrenzungsrisiken in erster Linie mit Qualifikationsdefiziten und Ausbildungslosigkeit in

Verbindung und so verstandene Ausgrenzungsrisiken breiten sich entgegen der populären Annahme nicht sprunghaft aus oder lösen sich von schichtspezifischen Risikogruppen. Von sozialer Ausgrenzung zu sprechen, bedeutet mehr als sich lediglich auf die temporäre Erfahrung von Einkommensarmut oder eine kurze Phase von Such-Arbeitslosigkeit zu beziehen. Subjektive wahrgenommene Marginalisierung und mangelnde Zugehörigkeit sind vor allem an dauerhafte, ausgeweglos erscheinende, materiell prekäre und sozial wie emotional verarmte Lebenslagen gebunden.

Einstellungen und Bewertungen persönlicher Lebenssituationen weisen jedoch mit Nachdruck auf Verunsicherungstendenzen hin, die über ein Randphänomen hinausgehen. Auf dieser subjektiven Ebene zeigen sich deutliche Verschlechterungen: Verlustängste und Verunsicherungen reichen bis in mittlere Gesellschaftsschichten hinein. Im Laufe der 1990er-Jahre nehmen Konfliktwahrnehmungen zu, die Angst vor Arbeitslosigkeit steigt, eine allgemeine Orientierungslosigkeit wächst. Zwar bleibt der Trend bestehen, dass auch solche negativen Einschätzungen stark einkommens- und schichtspezifisch verteilt sind und sich untere Statuslagen nach wie vor deutlich skeptischer als besser gestellte Schichten äußern. Nur die oberen Statuslagen sind jedoch von einer zunehmenden Verunsicherung ausgenommen.

Abstiegsängste, antizipierte Sicherheitsverluste und ein hohes Maß an Verunsicherung betreffen demnach auch Bevölkerungsgruppen, deren soziale Lage nach objektiven Maßstäben, die sich an der Verteilung von Ressourcen orientieren, keineswegs überaus prekär sein muss. Insbesondere in den Mittelschichten ist eine diffuse Angst verbreitet, die vor allem aus Veränderungen am Arbeitsmarkt resultiert: Befürchtungen, den Voraussetzungen für den Anspruch auf Status sichernde Versorgungsleistungen nicht mehr gerecht werden zu können, Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialer Degradierung. Dies sind Zukunftsszenarien, die auf einen Sicherheits- und Kontinuitätsverlust zurückgehen, sowohl die Karriere- als auch die Familienplanung belasten und in diesem Sinne als starke Einschränkungen von Lebensqualität interpretiert werden müssen. Soziale Ausgrenzung, verstanden als Existenz bedrohende, vom allgemeinen Wohlstandsniveau abgekoppelte und ausgeweglose Lebenssituation, geht mit diesen die gesellschaftliche Mitte betreffenden Entwicklungen jedoch nicht einher. Der plausible Wunsch nach sozialer Ausgewogenheit und Versorgungssicherheit ist etwas anderes als eine existenzielle Versorgungslücke. Zwischen der Verunsicherung der gesellschaftlichen Mitte einerseits (Destabilisierung) und Marginalisierungserfahrungen in strukturell schwachen sozialen Lagen andererseits (soziale Ausgrenzung) muss explizit unterschieden werden, um auf beide Formen von Benachteiligungen angemessen reagieren zu können.

Literatur

- Atkinson, Tony u.a. (2002), *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*, Oxford.
- Ausschuss für Sozialschutz (2001), *Bericht über Indikatoren im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung*, http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2002/jan/report_ind_de.pdf (1.3.2004).
- Barlösius, Eva (1998), »Abschied von der Mitte. Anmerkungen über sozialer Ungleichheit«, in: Schmidt, Susanne/Hawel, Marcus (Hg.), *Vom Nutzen der Kritik. Perspektiven der Studierenden und ihrer Proteste*, Hannover, S. 110–119.
- Böhnke, Petra (2004a), *Perceptions of social integration and exclusion in an enlarged Europe*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.
- Böhnke, Petra (2004b), *Risiken sozialer Ausgrenzung. Empirische Analysen zu prekären Lebenslagen und sozialen Teilhabechancen: Eine Auseinandersetzung mit dem Ausgrenzungsdiskurs*, unveröffentlichte Dissertation, Berlin.
- Bude, Heinz (1998), »Die Überflüssigen als transversale Kategorie«, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten, neue Spaltungen*, Opladen, S. 363–382.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) (Hg.) (2001a), *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bericht.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) (Hg.) (2001b), *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Daten und Fakten. Materialien zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*.
- Castel, Robert (2000), »Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs«, *Mittelweg* 36, Jg. 9, H. 3, S. 11–25.
- Heitmeyer, W. (1997), »Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?«, in: ders. (Hg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, Bd 1., Frankfurt a.M., S. 23–65.
- Herkommer, Sebastian (1999), »Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos – die Überzähligen im globalisierten Kapitalismus«, in: ders. (Hg.), *Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus*, Hamburg, S. 7–34.
- Kreft, Ursula (2000), »Bedrohte Mitte – gelähmte Gesellschaft. Gesellschaftliche Krisenszenarien in den Printmedien am Ende der neunziger Jahre«, *Sozialwissenschaftliche Informationen*, Jg. 29, H. 4, S. 248–256.
- Kronauer, Martin (2002), *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (1998), »Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft?«, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten, neue Spaltungen*, Opladen, S. 333–350.
- Newman, Katherine S. (2000), »Kummervolle Zeiten. Die kulturellen Dimensionen des wirtschaftlichen Wandels in den USA«, *Mittelweg* 36, 3/2000, S. 26–40.
- Oswald, Ingrid (2000), »Mittelschichts-Vorbehalte«, *Mittelweg* 36, 5/2000, S. 26–31.